

Russischen Reiches jener Zeit kamen aus Wilna, und da Staat und Armee einen kaum zu deckenden Bedarf an Medizinern hatten, standen der Fakultät entsprechende Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung. Die medizinische Fakultät wurde daher auch nach Auflösung der Universität im Jahre 1832 als medizinisches Institut weitergeführt.

Mit den Studenten beschäftigt sich das letzte Kapitel. Ausführlich geht der Vf. hier auf Herkunft und Lebensumstände der überwiegend der Szlachta entstammenden Studierenden ein. Er beschreibt die materielle Not und das oft strenge Regime, denen die meisten ausgesetzt waren, was mit dazu beigetragen hat, daß sich die Studenten zu Geheimbünden (Filareten u. Filomaten) zusammenschlossen. Mit den gegen sie geführten Prozessen 1822/23 wurde dann sozusagen der Anfang vom Ende der Universität eingeleitet: Czartoryski trat als Kurator zurück. Sein Nachfolger N. N. Novosil'cev und der letzte Rektor, W. Pelikan, unterzogen nun die Hochschule einer fortschreitenden Russifizierung und stellten Lehrende wie Studenten unter permanente Kontrolle von oben. Kein Wunder also, daß sich Universitätsangehörige am November-Aufstand beteiligten, in dessen Folge die Universität dann aufgelöst wurde.

B. hat mit diesem Buch eine ausgezeichnete Studie der Wilnaer Universität vorgelegt. Ihm ist es dabei gelungen, nicht nur die innere Struktur und die von außen auf die Universität einwirkenden Kräfte in ihrem Wechselspiel zu erfassen. Er zeigt auch, wie sich die Hochschule in einer Zeit des akademischen Umbruchs von einer Bildungsanstalt in der Tradition der Aufklärung hin zur modernen, rational strukturierten Universität wandelte und somit eine allgemeineuropäische Entwicklung vollzog, ohne diese jedoch beenden zu können.

Lüneburg

Rudolf A. Mark

Czesław Partacz: Od Badeniego do Potockiego. Stosunki polsko-ukraińskie w Galicji w latach 1888–1908. [Von Badeni zu Potocki. Polnisch-ukrainische Beziehungen in Galizien von 1888 bis 1908.] Wydawnictwo Adam Marszałek. Toruń 1996. 280 S., deutsche u. ukrain. Zussass.

Eine Gesamtdarstellung der Geschichte Galiziens als österreichisches Kronland (1772 bis 1918) fehlt bislang und ist ein echtes Forschungsdesiderat. Lediglich einzelne Aspekte des wechselvollen, durch den zunehmenden polnisch-ukrainischen Antagonismus gekennzeichneten Geschehens können als ausreichend erforscht gelten. Es ist zu fragen, ob das hier zu besprechende Buch des polnischen Historikers Czesław Partacz ebenfalls einen wichtigen Beitrag leistet, die spannungsreiche Geschichte Galiziens historiographisch aufzuarbeiten.

Das Vorhaben des Autors, das polnisch-ukrainische Verhältnis in diesem größten cisleithanischen Kronland in den Jahren der von Angehörigen des polnischen Hochadels wie Badeni, Piniński und Potocki ausgeübten Statthalterschaft darzustellen, ist wichtig, umfassen diese zwei Jahrzehnte doch eine entscheidene Phase: die Versuche einer polnisch-ruthenischen Übereinkunft 1890, die eine „Neue Ära“ des Miteinanders einleiten sollten – die letztlich diese Bezeichnung nicht verdiente –, die Ausbildung eines breiten Spektrums politischer Parteien beider Nationalitäten, die Agrarstreiks von 1902 und 1906, die Forderung nach der Einrichtung einer ukrainischen Universität seit 1900 und schließlich als tragischen Höhepunkt das Attentat des ukrainischen Studenten Sičyns'kyj auf den Statthalter Potocki – dies alles vor dem Hintergrund des Anwachsens nationaler Konflikte innerhalb Galiziens und ganz Österreich-Ungarns.

Ambitiös kündigt der Autor an, nicht nur die innergalizische Perspektive wahrzunehmen, sondern auch den Einfluß der Wiener Zentrale, des Deutschen Reichs und Rußlands auf die galizischen Verhältnisse betrachten zu wollen. Während man ihm mit einigem Wohlwollen noch zubilligen mag, die reichsdeutschen (z.B. durch die sog.

Sachsengänger, die beim Ernteeinsatz im Kaiserreich arbeiteten) und russischen (Rus-sophile) Berührungspunkte in Ansätzen dargestellt zu haben, ist er in bezug auf Wien gescheitert. Schon seine Quellengrundlage ist hierfür nicht ausreichend. Selbst wenn die Ignorierung der im Österreichischen Staatsarchiv lagernden Bestände des Ministeriums des Inneren noch durch die entsprechenden Akten im Warschauer „Archiwum Główny Akt Dawnych“ ausgeglichen worden sein dürfte, ist es völlig unverständlich, daß auch auf gedruckte und leicht zugängliche deutschsprachige Quellen verzichtet wurde: Die Stenographischen Protokolle der Sitzungen des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrats werden – genauso wie wichtige Zeitungen – nur nach dem „Czas“ zitiert, der Zeitung der Krakauer Konservativen. Diesem Blatt wird vom Autor als einer der „besten Informationsquellen“ ein hohes Maß an Objektivität bescheinigt (S. 11), und es nimmt deshalb nicht Wunder, daß ihm mit diesem Maßstab die liberale „Neue Freie Presse“ als proukrainisch (u. a. S. 229) erscheint. Überhaupt hat der Autor Arbeiten, die nicht in slawischen Sprachen veröffentlicht wurden, nicht in ausreichendem Maß zur Kenntnis genommen. Neben wenigen deutschsprachigen Werken im (unvollständigen!) Literaturverzeichnis finden sich nur je ein französisches und ein englisches Buch, angesichts der beachtlichen Leistungen gerade nordamerikanischer Historiker auf diesem Gebiet ein großes Versäumnis.

Auch inhaltlich fällt das Urteil ambivalent aus. Zwar werden die wichtigsten Etappen der polnisch-ukrainischen Beziehungen seit Anfang des 19. Jhs. – die Zeit vor 1888 in gebührender Kürze – bis zu den Schüssen im Statthalterpalais auf Potocki im April 1908 beleuchtet. Auch wartet P. z. T. mit weniger bekannten Details auf (z. B. der Unterstützung der streikenden ukrainischen Studenten der Lemberger Universität 1901 durch Teile ihrer polnischen Kommilitonen, S. 130). Manche seiner Hypothesen regen zu einer intensiven weiteren Beschäftigung an, so seine Deutung, daß die Neue Ära zumindest kurzzeitig das Zusammenleben der Eliten beider Nationalitäten gesichert habe (S. 245). Doch insgesamt erscheint diese Darstellung oft wenig ausgewogen. Einige Beispiele: Die vom Attentäter Sičyn's'kyj als Grund für seine Tat angegebenen und vom späteren Opfer Potocki maßgeblich verschuldeten Wahlfälschungen sind für den Autor nicht die tiefere Ursache für den Mord an dem Statthalter. Auch das angespannte Verhältnis zwischen Polen und Ukrainern sei nicht der Auslöser gewesen, so P. Für ihn ist Potocki „ein Opfer der inneren Kämpfe zwischen den beiden größten ukrainischen Parteien: den Nationaldemokraten und den Moskalophilen. Moralisch und propagandistisch haben ihn Nationaldemokraten umgebracht, da er die Moskalophilen nicht verfolgen wollte.“ (S. 243). Die Tatsache, daß der Attentäter Sozialdemokrat und ukrainischer Nationalist war, paßt nicht in seine Argumentation und wird deshalb nicht erwähnt.

Eine der Ursachen des Streiks ukrainischer Studenten war 1901 die Verfügung der (polnischen) Universitätsverwaltung Lembergs, die Immatrikulation nur noch in Polnisch oder Lateinisch zu gestatten. Die sich teilweise gewaltsam entladende Aufregung darüber ist P. unverständlich, da dieser Verwaltungsakt doch „rein formal“ gewesen sei (S. 129). Daß Formalitäten bei der herrschenden Stimmung eine große, irrationale Relevanz erlangten, begreift der Autor augenscheinlich nicht. Und den Lehrstuhlinhaber für Osteuropäische Geschichte Hrušev's'kyj allein für das Anwachsen der antipolnischen Stimmung unter der Lemberger Universitätsjugend ukrainischer Nationalität verantwortlich zu machen (S. 128), ist typisch für diese monokausale Arbeit. Die schon unter der Statthalterschaft Piniński durchgeführten Wahlfälschungen zugunsten der Russo-philien sind für P. nur eine Petitesse: Piniński habe mit diesen nur „geliebäugelt“, „kottiert“ (S. 111); ein unbegreiflicher Euphemismus für den systematischen Rechtsbruch der galizischen Behörden. – Die Forderungen ukrainischer Politiker nach politischer Emanzipation bleiben dem Autor relativ unverständlich, während die von polnischer

Seite ergriffenen Maßnahmen zur Besitzstandswahrung insgesamt seine Zustimmung finden. „Das politische Denken der Ukrainer führte in die Irre“ (S. 248).

Eine letzte Bemerkung zum deutschen Resümee am Ende des Bandes: Dieses ist in einem so fehlerhaften Deutsch verfaßt, daß es kaum zu verstehen ist und besser dem Leser erspart geblieben wäre.

Insgesamt gelingt es dem Vf. nicht, dem selbst gesetzten Anspruch zu genügen. Eine befriedigende Darstellung des polnisch-ruthenischen Antagonismus für die entscheidende Phase der Jahrhundertwende steht weiter aus.

Hamburg

Kerstin S. Jobst

Poland's Memorandum to the Peace Congress in Rome November 1891. Edited by Emanuel Halicz. (Københavns Universitets Østeuropainstitut, Rapportør 26.) C. A. Reitzels Forlag. København 1993. VII, 24 S.

Im November des Jahres 1891 wurden in Rom kurz hintereinander zwei Tagungen abgehalten, die beide von der internationalen Friedensbewegung initiiert waren. Zunächst fand sich die Interparlamentarische Union zu ihrer dritten Konferenz zusammen, in unmittelbarem Anschluß daran tagte der 3. Weltfriedenskongreß. Letzterem wurde von einer Gruppe galizischer Polen ein 20 Seiten umfassendes Memorandum vorgelegt. Dieses enthielt einen Appell an die Teilnehmer der Friedenskonferenz, die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterstützen. Polen verfüge über eine jahrhundertealte demokratische Tradition, es orientiere sich an den politischen Werten Westeuropas und habe bedeutende Beiträge zur kulturellen Entwicklung Europas geleistet. Seit einem Jahrhundert jedoch werde das polnische Volk von Rußland unterdrückt, die ihm auf dem Wiener Kongreß zugesagten politischen Rechte würden ihm vorenthalten, die Russifizierungspolitik des Zarismus nehme immer bedrückendere Formen an. Demgegenüber verlangten das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, die Menschenrechte und internationale Verträge die Wiederherstellung der polnischen Monarchie.

Das durchgängig von einem antirussischen Ressentiment getragene Memorandum schwieg sich über die Verhältnisse im preußischen und österreichischen Teilungsgebiet und deren eventuelle Einbeziehung in einen neu zu schaffenden polnischen Staat völlig aus. Die Denkschrift war einer von zahlreichen Versuchen, mittels deren polnische Politiker am Ende des 19. Jhs. eine internationale Debatte über die Wiedererrichtung eines unabhängigen polnischen Staates in Gang setzen wollten. Doch selbst auf Konferenzen, deren Teilnehmer sich eine gewisse Unabhängigkeit von staatlicher Beeinflussung bewahrt hatten, schlug dieser Versuch fehl. Der Herausgeber hält es für sehr wahrscheinlich, daß das polnische Memorandum auf dem Friedenskongreß gar nicht diskutiert wurde. Darüber hätte man gern exaktere Auskünfte erhalten, wie überhaupt der historische Hintergrund, gerade angesichts des Fehlens jeglicher wissenschaftlichen Arbeit zu diesem Themenkomplex, etwas ausführlicher hätte ausgeleuchtet werden können.

Kiel

Eckhard Hübner

Gabriele Simoncini: Revolutionary Organizations and Revolutionaries in Interbellum Poland. A Bibliographical Biographical Study. The Edwin Mellen Press. Lewiston, Queenston, Lampeter 1992. XII, 278 S. £ 99,95.

Gabriele Simoncini promovierte 1982 in Pisa über das Thema: Teoria e prassi nei consigli operai polacchi del 1918–1919. Das vorliegende Werk war ursprünglich konzipiert als Bibliographie für eine z. Zt. in Arbeit befindliche Monographie über die Ge-